

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	DR/BV/320/2007/II-EB
Einreicher:	Eigenbetrieb Stadtpflege Dessau

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	nicht öffentlich	10.12.2007				
Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege	öffentlich	12.12.2007				
Stadtrat	öffentlich	19.12.2007				

Titel:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2008

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2008 wird beschlossen.

Gesetzliche Grundlagen:	Gemeindeordnung LSA Eigenbetriebsgesetz Eigenbetriebsverordnung Eigenbetriebssatzung
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

Finanzbedarf/Finanzierung:

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Betriebsleiterin

beschlossen im Stadtrat am:

Dr. Exner
Vorsitzender des Stadtrates

Hoffmann
1. Stellvertreter

Storz
2. Stellvertreter

Anlage 1:

Vorbemerkung

Mit der Fusion der Städte Dessau und Roßlau fusionierten auch die Stadtpflegebetriebe zum 01. Juli 2007 zum Eigenbetrieb „Stadtpflege“ der Stadt Dessau-Roßlau. Aus steuerlichen Gründen erfolgte die Zusammenführung in der Weise, dass der bisherige Eigenbetrieb Stadtpflege der Stadt Dessau das Personal sowie die Sach- und Finanzmittel des bisherigen Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Roßlau aufgenommen hat. Aus diesem Grund wurde für den Eigenbetrieb Stadtpflege der ehemaligen Stadt Roßlau ein Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 30.06.2007 erstellt. Die Feststellung dieses Jahresabschlusses und die Entlastung der Betriebsleitung werden noch im Dezember 2007 im Stadtrat beraten. Im Zuge der Städtefusion wurde das Friedhofswesen der Stadt Dessau-Roßlau, als weitere Aufgabe, von der Verwaltung an den Eigenbetrieb „ Stadtpflege“ der Stadt Dessau-Roßlau übertragen.

Außerdem wurde zum 01.07.2007 das Anlagevermögen des Friedhofswesens der ehemaligen Stadt Roßlau sowie das vom ehemaligen Eigenbetrieb Stadtpflege Roßlau am Standort in der Karl-Liebknecht-Straße 38a genutzte Anlagevermögen, bestehend aus Gebäuden, Außenanlagen sowie Geschäftsausstattung, von der Stadt auf den Eigenbetrieb Stadtpflege übertragen (OB-Beschluss vom 05.11.2007, Beschluss DR/BV/128/2007/II-EB).

Die Wirtschaftspläne der beiden Eigenbetriebe für das Jahr 2007 wurden noch getrennt aufgestellt.

Bei der Erarbeitung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2008 wurden nur die Vorjahresdaten beider Eigenbetriebe zum Kostenvergleich nebeneinander dargestellt. Auf die Darstellung der Vorjahresdaten, die die Haushaltsplanansätze der ehemaligen Stadt Roßlau in den Bereichen Friedhofswesen, Abfallentsorgung/Papierkorbentleerung und Straßenbeleuchtung betreffen, wurde verzichtet, da diese Aufgaben bis zum 01.07.2007 nicht in die Zuständigkeit des Eigenbetriebes Stadtpflege Roßlau gehörten.

Der Eigenbetrieb Stadtpflege übernimmt ab 01.01.2008 weitere Aufgaben auf dem Gebiet der ehemaligen Stadt Roßlau in den Bereichen Abfallentsorgung (früher Landkreis AZE), Fäkalienentsorgung (früher ROWA GmbH) und Straßenbeleuchtung (früher Stadtwerke Coswig). Der erste gemeinsame Wirtschaftsplan unterliegt folglich in der Kosten- und Erlösprognose aufgrund der geschilderten Fusions- und Umstellungsprozesse gewissen Restrisiken in der Beurteilung.

Der Bereich Straßenbeleuchtung wird ab 2008 erstmals komplett für die Stadt Dessau-Roßlau abgebildet. Die Energiekosten und die Instandhaltungsaufwendungen sind Bestandteil des Erfolgsplanes des Eigenbetriebes. Die geplanten Investitionen im Bereich Straßenbeleuchtung der Stadt Dessau-Roßlau sind im Finanzplan des Eigenbetriebes als gesonderte Position ab dem Jahr 2008 enthalten.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der positiven Betriebsergebnisse der Vorjahre wurde im Eigenbetrieb Stadtpflege ein Gewinnvortrag angesammelt, der insgesamt 2.950,6 T€ per 31.12.2006 beträgt (Stadtpflege, Dessau: 2.947,6 T€, Stadtpflege, Roßlau: 3,0 T€).

Entsprechend der Vorkalkulation des Entgeltbedarfs für die Abfallentsorgung für die Jahre 2008 bis 2010 sowie der gültigen Straßenreinigungsgebühren-, Fäkaliengebühren- und Friedhofgebührenkalkulation wird der Gewinnvortrag zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen und für die jährliche Abführung der Anlagenkapitalverzinsung an den Aufgabenträger eingesetzt.

Für das **Wirtschaftsjahr 2008** wird ein **Jahresfehlbetrag von insgesamt 308,0 T€** prognostiziert. Im **Abfallentsorgungsbereich** werden im nächsten Jahr auf Grund der neuen Gebührenkalkulation planmäßig noch positive Kostenstellenergebnisse bei der Hausmüllentsorgung (+41,0 T€), den Containerdienstleistungen (+24,2 T€), bei der manuellen Reinigung (+5,6 T€) und beim Betrieb der Deponie sowie der Umladestation für Abfälle zur Verbrennung (+278,8 T€) erwartet.

Für den Kostenbereich der Finanzierung der **Leistungen aus der Abfallgrundpauschale und der Bioabfallentsorgung** wird planmäßig ein Jahresfehlbetrag von 479,2 T€ prognostiziert. Dieser Fehlbetrag ist zum einen durch die hohen Fremdleistungskosten bei der Verwertung von Bioabfällen im Rahmen des noch bis Ende 2008 gültigen Kompostierungsvertrages und zum anderen durch die Berücksichtigung von Gewinnvorträgen zur Reduzierung des gebührenwirksamen Aufwandes in der aktuellen Abfallgebührenkalkulation begründet. Auf diese Art und Weise fließen die Gewinne aus diesem gebührenfinanzierten Bereich an die Bürger zurück.

Im **Kostenbereich Straßenreinigung/ Winterdienst** wird im Jahr 2008 voraussichtlich ein Fehlbetrag von 89,4 T€ erwartet. Bei der Kkehrhäufigkeit wurden Einsparungen vorgenommen. Zugleich wird auch hier der Gewinnvortrag aus dem letzten Kalkulationszeitraum planmäßig zur Kostendeckung im neuen Kalkulationszeitraum (bis Ende 2008) verwendet. Diese Maßnahmen führen zu geringeren Ausgaben bei der Straßenreinigung für die Stadt und die Bürger.

Der Bereich der **Fäkalienentsorgung** wird noch bis zum Ende des laufenden Kalkulationszeitraumes (bis 31.12.2008) mit kostendeckenden Gebühren wirtschaften können. Bei der letzten Fäkaliengebührenkalkulation wurde bereits der Aufgabenzuwachs in Rodleben ab September 2006 und auf dem Gebiet der ehemaligen Stadt Roßlau ab Januar 2008 berücksichtigt.

Das **Friedhofswesen der Stadt Dessau-Roßlau** als Einheit aus den Friedhofsverwaltungen in Dessau und Roßlau, dem Krematorium und der Friedhofspflegeabteilung wurde jetzt auch für den Teil der ehemaligen Roßlauer Friedhofsverwaltung auf die kaufmännische Buchführung umgestellt. Ein gravierender Unterschied zur bisherigen kameralistischen Buchführung ist der Umstand, dass die vereinnahmten Grabstellengebühren zur Deckung der Kosten gemäß ihrer Laufzeit nur anteilig im jeweiligen Abrechnungsjahr zur Verfügung stehen, während diese Gebühren früher im Jahr der Vereinnahmung in voller Höhe zur Kostendeckung zur Verfügung standen. Diese Veränderung im Abrechnungsverfahren führt auch im Jahr 2008 noch zu planmäßigen Verlusten in Höhe von 103,2 T€, weil die aktuelle Friedhofsgebührenkalkulation sowohl in Roßlau als auch in Dessau seit dem Jahr 2007 so angelegt ist, dass über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren eine Kostendeckung erreicht wird. Daher wird es voraussichtlich noch bis zum Jahr 2015 zu weiteren Jahresfehlbeträgen kommen. Die derzeit gültigen Friedhofsgebührenkalkulationen in Dessau und in Roßlau laufen noch bis zum 31.12.2009 und wurden vor der Fusion der Städte für das jeweilige Gebiet getrennt kalkuliert. Ab 2010 ist die Erstellung einer gemeinsamen Kalkulation geplant.

Durch die Kreisgebietsreform zum 01.07.2007 traten auch Veränderungen bei den Verträgen mit der DSD GmbH zur **Reinigung/ Instandhaltung der Stellplätze für Wertstoffcontainer** in Kraft. Per Gesetz sind die jeweiligen Rechte und Pflichten der ehemaligen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bereits zum 01.07.2007 auf die Stadt Dessau-Roßlau übergegangen, mithin auch die bisherigen Nebenentgeltvereinbarungen mit der DSD GmbH. Die Nebenentgeltvereinbarung der Stadt Dessau sah ein Nebenentgelt in Höhe von 1,47 €/Einwohner/Jahr vor, die des Altkreises Anhalt-Zerbst 1,62 €/Einwohner/Jahr. Bezogen auf die Einwohnerzahl zum 30.06. des Vorjahres ergibt sich für die Stadt Dessau-Roßlau für den Zeitraum vom 01.07.2007 bis 31.12.2009 nunmehr ein Nebenentgelt in Höhe von 1,49 €/Einwohner/Jahr. Dadurch wird im Jahr 2008 ein Kostenstellenergebnis in Höhe von +9,5 T€ zu erwirtschaften sein.

Die **Umsatzerlöse** werden sich insgesamt um 942,2 T€ gegenüber den Vorjahres-Planansätzen der Eigenbetriebe Stadtpflege in Dessau und Roßlau erhöhen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** werden um 1.395,3 T€ zurückgehen. Im Vorjahr waren Fördermittel für die Deponiesanierung im 13. Bauabschnitt in Höhe von 1.348,0 T€ im Planansatz enthalten. Für 2008 ist jedoch keine Förderung der Sanierungsarbeiten durch das Landesverwaltungsamt in Aussicht gestellt worden.

In der Lohnkostenplanung für 2008 sind die tariflichen Lohnerhöhungen berücksichtigt. Die **Personalkosten** werden im Vergleich zum Vorjahresplan um ca. 76,7 T€ ansteigen. Die Stellenübersicht weist für 2008 156,58 (VBE) Stellen aus. Bedingt durch die Übernahme von Personal der Friedhofsverwaltung (1,5 VBE) und der Amtsleiterin des Garten- und Stadtwirtschaftsamtes der ehemaligen Stadt Roßlau - die bereits in Personalunion seit 2006 den Eigenbetrieb Stadtpflege Roßlau geleitet hat- ist insgesamt ein Stellenzuwachs zu verzeichnen.

Das **Abschreibungsvolumen** wird sich gegenüber dem Vorjahresplan um 143,1 T€ verringern. Im Jahr 2007 führte v. a. die Erstausrüstung mit Abfallbehältern für die Rest- und Biomüllsammlung auf dem Gebiet der ehemaligen Stadt Roßlau zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Abschreibungen.

Die Kosten für **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden sich um 3,1 T€ erhöhen. Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** werden sich um 141,7 T€ verringern. Dabei werden die Kosten für den Transport und die Verbrennung der Abfälle im Müllheizkraftwerk Magdeburg-Rothensee entsprechend dem in der Abfallgebührenkalkulation für das Jahr 2008 prognostizierten Aufkommen von ca. 20.225 t gegenüber dem Vorjahresplan um 350,7 T€ abnehmen. Bereits im laufenden Geschäftsjahr zeichnete sich ab, dass das ursprünglich für das Jahr 2007 prognostizierte Aufkommen, aufgrund des rückläufigen Hausmüllaufkommens auf dem Gebiet von Dessau nicht erreicht wird.

Die Verwertungskosten für den Bioabfall aus Haushalten der Stadt Dessau-Roßlau werden sich im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr auf Grund des noch bis zum 31.12.2008 laufenden Kompostierungsvertrages infolge des größeren Aufkommens um 99,5 T€ erhöhen.

Die sonstigen Fremdleistungskosten werden um ca. 105,7 T€ ansteigen, sie betreffen v. a. die Vergabe der Pflege von Straßenbegleitgrün und die Papierkorbentleerung

auf dem Gebiet ehemalige Stadt Roßlau sowie Fremdleistungen für den Friedhof Roßlau.

Durch den Abschluss einer langfristigen Vereinbarung zwischen dem Städtischen Klinikum Dessau und dem Eigenbetrieb Stadtpflege können die Fremdleistungskosten für die Inanspruchnahme der Leistungen des Pathologen gesenkt werden (-37,3 T€). Die Kostenersparnis wird durch die zum 01.01.2008 in Kraft tretende Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Dessau an die Gebührenzahler weitergegeben.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** werden insgesamt um 575,2 T€ zurückgehen. Im Vorjahr wurde unter dieser Position u. a. die geplante Inanspruchnahme der Fördermittel für die Deponie in Höhe von 1.348,0 T€ als Aufwandsposition zu den unter der Position „sonstige betriebliche Erträge“ eingestellten Einnahmen aus Fördermitteln ausgewiesen. Im Plan 2008 ist für diese Position kein Ansatz vorgesehen. Abweichend zum Vorjahr werden außerdem ab 2008 die Aufwendungen für Energie bei der Straßenbeleuchtung für die Stadt Dessau-Roßlau in Höhe von 677,0 T€ veranschlagt.

Im Vergleich zum Vorjahresplan werden die Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes um 647,5 T€ zurückgehen. Die Abweichung resultiert aus dem geplanten Kostenrückgang im Rahmen der Deponiesanierung um 821,0 T€ sowie der Ergebnisverbesserung um 339 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Demgegenüber wird mit einem wesentlich höheren Investitionsbedarf für den Betrieb gerechnet (+536,8 T€). Darin berücksichtigt ist jedoch eine Investitionssumme von 480,0 T€ als Bedarfsposition, die nur für den Fall realisiert wird, wenn im Ergebnis der europaweiten Ausschreibung zur Verwertung von Bioabfällen, der Bau einer Bioabfallübergabestation auf dem Deponiegelände erforderlich wird.